

Neuköllner Stachel

Bündnis 90 / Die Grünen (Europäische Grüne Partei) in Neukölln | Nr. 175, Ausgabe I / 2012

Merkels Fiskalpakt auf dem Prüfstand

Bundestagsabgeordnete und Finanzexpertin Lisa Paus erläutert den zweifelhaften Nutzen der neuesten Maßnahmen zur Beendigung der Euro-Krise. [Seite 3](#)

Buschkowsky und die Integration

Bezirksverordneter Jochen Biedermann und Susanna Kahlefeld (MDA) berichten über Morde an Migranten in unserem Bezirk und über Reaktionen darauf aus dem Bezirksamt. [Seite 5](#)

Berlin pfeift aus dem letzten Loch

Wie sich nach dem Willen des Senats und auch der Neuköllner Bezirksverwaltung die ohnehin prekäre Situation unserer Musikschullehrer_innen noch weiter verschlechtern soll. [Seite 7](#)

DIE POLITIK DER ZÄHLGEMEINSCHAFT GEHT AN DEN BEDÜRFNISSEN DER JUGENDLICHEN VORBEI.

SPD ruiniert Jugendarbeit im Reuterkiez



Der Kinder- und Jugendclub Manege Foto: Susanne Lippert

Schon in den letzten Jahren wurde das Jugendamt vom Bürgermeister zu unsinnigen Spar- und Kündigungsaktionen gezwungen, weil angeblich nur dadurch der Haushalt gerettet werden konnte, der dann aber mit mehreren Millionen Gewinn abgeschlossen wurde. Solange die Abteilung Jugend noch von einer grünen Stadträtin geleitet wurde, konnte verhindert werden, dass – trotz dieser Querschüsse des Bürgermeisters – wichtige Projekte aufgegeben oder ganze Einrichtungen geschlossen werden mussten.

Kein Spielmobil im Reuterkiez

In diesem Jahr ist das anders. Als erstes hat der neue CDU-Stadtrat auf die leider inzwischen üblichen Haushaltssperren durch den Bürgermeister sofort mit der Aufgabe von Projekten reagiert. So wird das feuerrote Spielmobil in diesem Sommer nicht für die Kinder im Reuterkiez da sein. Das Spielmobil war seit Jahren auf den Spielplätzen präsent und hat dafür gesorgt, dass viele Kinder Anregungen und Förderung erhalten konnten, dass Eltern beraten wurden und die Kinder vor Übergriffen aller Art sicher waren. Jetzt wird das ohne Not weggespart.

„Manege“ wechselt Betreiber

Aber noch schlimmer ist der Umgang mit der Manege, der zentralen Jugendeinrichtung für den ganzen Reuterkiez. Hier wurde seit Jahren eine wertvolle Arbeit geleistet, die dazu geführt hat, dass viele Jugendliche bessere Chancen hatten und das

Zusammenleben im Kiez friedlich und nachbarschaftlich war. Jetzt wird ein Interessenbekundungsverfahren für die Einrichtung im Eilverfahren durchgepeitscht, bei dem weder der zuständige Jugendhilfeausschuss, noch die Quartiersgremien und schon gar nicht die betroffenen Jugendlichen beteiligt oder auch nur vernünftig informiert werden. Schon zum 1. Juli soll ein neuer Betreiber die Manege übernehmen. Das Verfahren wird von der Abteilung Schule, die hier überhaupt nicht zuständig ist, gesteuert und die Ausrichtung der zukünftigen Arbeit wird deshalb einseitig auf die Bedürfnisse der Schule auf dem Campus Rütli ausgerichtet. Die Bedürfnisse der übrigen Kinder und Jugendlichen im Kiez zählen anscheinend nicht mehr. Und die Tatsache, dass Jugendarbeit mehr sein muss als ein Ergänzungsangebot zum Unterricht, wird ignoriert.

Rot-schwarze „gelungene Kooperation“ zu Lasten der Neuköllner Kinder und Jugendlichen

Der CDU-Stadtrat schaut ergeben zu, wie die SPD-Bildungsstadträtin seine Kompetenzen rechtswidrig an sich zieht und deklariert das noch als gelungene Kooperation. Allerdings besteht die „Kooperation“ hier darin, dass eine bestimmt und der andere pflichtschuldig dazu nickt. Nun könnte es ja egal sein, wenn ein Stadt-

rat auf seine Rechte verzichtet und sich selbst zum Hampelmann macht, aber hier werden auch die Rechte der gewählten Mitglieder im Jugendhilfeausschuss und vor allem die Ansprüche der Kinder und Jugendlichen einer ganzen Bezirksregion verraten und verkauft.

Grüne Opposition für eine bessere Jugendarbeit

Die grüne Jugendstadträtin hat sich solchen Ansinnen in den letzten Jahren immer und mit aller Kraft entgegengestellt und war dabei erfolgreich, deshalb wurde sie von SPD und CDU auch nicht wiedergewählt, obwohl die Grünen bei der Wahl deutliche Zugewinne verzeichnen konnten.

Bündnis 90/die Grünen werden diesem Treiben nicht einfach zusehen. Sie setzen sich in allen Gremien für einen vernünftigen Umgang mit den Interessen der Jugendlichen und des Kiezes ein. Allerdings ist der Stimmblock der SPD dadurch nicht zu knacken. Wir werden aber auch alle rechtlichen Möglichkeiten nutzen, um rechtswidrige Verfahren zu verhindern. Die entscheidende Kraft können aber nur die Betroffenen selbst sein, denen wir gern mit Informationen und Unterstützung zur Seite stehen werden. Denn Neuköllner Jugendliche haben ein Recht auf eine gute Jugendarbeit!

Die Stachel Redaktion

NEUKÖLLNS SCHÖNE SEITEN

Führung durch die Sehitlik-Moschee

Am 28. November 2011 führt uns unsere Veranstaltungsreihe zu einer Besichtigung der Sehitlik-Moschee. Das schöne und beeindruckende weiße Gebäude mit dem Kuppelbau, der von zwei ca. 34 Meter hohen Minaretten gesäumt wird, fällt jedem ins Auge, der den Columbiadamm zwischen Hasenheide und dem ehemaligen Flughafen Tempelhof entlang fährt oder geht. Die Moschee ist Teil eines nicht ganz fertig gestellten Baukomplexes; das Gemeindezentrum befindet sich noch im Rohbau und ist zur Fertigstellung – wie auch die bereits fertigen Gebäude – auf Spenden angewiesen.

Türkischer Friedhof seit 1866

Bereits 1866 übertrug Kaiser Wilhelm I. der türkischen Gemeinde Berlins ein Stück Land vom Tempelhofer Feld als Begräbnisstätte. Am 29. Dezember 1866 wurde der Friedhof eingeweiht, auf dem Muslime verschiedener Nationen beigesetzt wurden. Die Grabsteine des Friedhofes, auf dem auch im Ersten Weltkrieg getötete türkische Soldaten beigesetzt wurden, sind reihenweise nach Mekka ausgerichtet.

Der Bau der Moschee im osmanischen Stil wurde im Jahr 1999 begonnen und im Jahr 2005 abgeschlossen; die neue Moschee löste ein kleines Andachtsgebäude im orientalischen Stil aus den Jahren 1921/22 ab. Man betritt das Gebäude über eine zweigeteilte Freitreppe; vor dem Eingang werden die Schuhe abgelegt und man betritt den großen Gebetsraum, der mit leuchtend türkisblauen Teppich ausgelegt ist, dessen waagrecht angeordnete Verzierungen es den Betenden ermöglichen sollen, sich in geordneten Reihen niederzulassen.

Sehenswertes Gotteshaus mit freundlicher Ästhetik

Etwa eine Stunde saßen wir im Gebetsraum und wurden über die Moschee sowie über den Islam allgemein und muslimische Bräuche informiert. Uns wurde ein sehr kurzer, aber dennoch nachhaltiger Einblick in die Welt des Islams gewährt, während wir die Umgebung auf uns wirken ließen: leuchtend weiße Marmorwände mit kobaltblauen, mit Blattgold und Kalligrafieelementen durchsetzten Ornamenten. Die Kalligrafie wurde – bedingt durch das in der Religion verankerte Bilderverbot – im Islam zu einer hoch geschätzten Kunst entwickelt. An der über 15 Meter hohen Kuppeldecke des großen Gebetsraumes hängt ein gewaltiger, ebenfalls mit

Kalligraphie verzierter Leuchter. Durch Spitzbogenfenster mit bunten Mosaikscheiben fällt das Sonnenlicht; der helle und farbenfrohe Innenraum vermittelt eine freundliche Ästhetik, man fühlt sich eingeladen und zum Verweilen und faszinierten Betrachten animiert.

Nach dem spannenden Vortrag mit anschließender Fragerunde, bekamen wir Gelegenheit, das Gebetshaus auf eigene Faust zu erkunden. Wir drehten zunächst unsere Runden durch den großen Gebetsraum im ersten Obergeschoss, betrachteten Fenster, Wände, Säulen, Kanzel und prachtvoll verzierte Schränke. Über eine schmale Treppe gelangt man auf die Galerie, die von den Frauen als Gebetsraum genutzt wird. Auch hier empfing uns durch ein großes buntes Fenster scheinendes Sonnenlicht.

Wir verließen das Gebäude über die Freitreppe, zogen die Schuhe wieder an und waren voller Eindrücke. Zumindest für mich war dies der erste Besuch einer Moschee; ich habe aufregende neue Impressionen gewonnen über eine Kultur, die in unserer Stadt schon über einen deutlich längeren Zeitraum, als viele von uns wissen, Fuß gefasst hat und heimisch geworden ist. Leider wurden



Sehitlik-Moschee am Columbiadamm Foto: Susanne Lippert

auf dieses schöne Bauwerk bereits vier Brandanschläge verübt – glücklicherweise alle, ohne nachhaltigen Schaden zu verursachen.

Ein Besuch der Sehitlik-Moschee ist eine erbauliche und Freude bereitende Möglichkeit, in die Kultur unserer muslimischen Mitbürger_innen Einblick zu gewinnen und somit einen Beitrag zu leisten zu einer Gesellschaft der Vielfalt und Toleranz.

Weitere Informationen und Bildmaterial zur Sehitlik-Moschee finden Sie unter:

<http://www.sehitlik-camii.de/>
Susanne Lippert

BÜNDNIS 90

DIE GRÜNEN
NEUKÖLLN

GRÜNE TREFFEN

Die Neuköllner Grünen treffen sich **jeden zweiten Dienstag** um 19 Uhr in der Berthelsdorfer Str. 9 (U-Bahnhof Karl-Marx-Straße hinter der Passage). Zur Diskussion stehen bezirks-, landes- und bundespolitische Themen. Termine und Tagesordnung

stehen (meist) einige Tage vorher im Internet unter www.gruene-neukoelln.de. Die Treffen sind öffentlich, auch Nichtmitglieder, die sich für grüne Politik im Bezirk interessieren, sind herzlich willkommen!

Autobahnbau ist kein Weg in die Zukunft

DIE VERLÄNGERUNG DER A 100 WAR UND IST EIN KARDINALFEHLER DES BERLINER SENATS. LUFTBELASTUNG UND ABRISS INTAKTER WOHNVIERTEL KOMMEN KEINEM ZUGUTE. DIE GESAMTSUMME DES BAUPROJEKTES KÖNNTE STATTDessen IN DIE INFRASTRUKTUR EINER UMWELTFREUNDLICHEN UND ZUKUNTSORIENTIERTEN HAUPTSTADT INVESTIERT WERDEN.

Die südkoreanische Zehn-Millionen-Metropole Seoul machte es vor: Dort wurde 1961 der Fluss inmitten der Stadt zubetoniert und darüber eine Hochstraße gebaut. 40 Jahre später wurde sie abgerissen und der Fluss renaturiert. Die Parkanlage am Ufer, die zu einer großen Attraktion wurde, lädt heute zum Flanieren ein.

In San Francisco wurde nicht nur der Highway vor dem Ferry Building abgerissen, sondern auch eine weitere Autobahn in der Oak Street durch einen Park mit Spielplatz ersetzt. Viele Städte haben ihre Lektion aus den Jahren verfehlter Verkehrspolitik gelernt und bekämpfen Luftverschmutzung, Flächenverbrauch, Unfälle und nicht zuletzt die Beschleunigung der Erderwärmung.

„Das Auto mordet unsere Städte“

Problematisch war der ausufernde Straßenbau schon immer. Bereits 1971 - er war damals schon seit 11 Jahren der Oberbürgermeister von München - warnte Hans-Jochen Vogel (SPD): „Das Auto mordet unsere Städte, wer Straßen sät, wird Verkehr ernten.“ Heute wissen wir: Der Verkehr nimmt uns die Luft. In den Städten ist er nicht nur für 40 Prozent der Kohlendioxid-Emissionen, sondern auch für 70 Prozent aller klimaschädlichen Schadstoffe verantwortlich.

In Berlin ist diese Nachricht offenbar immer noch nicht angekommen. Denn der rot-schwarze Senat verfolgt mit der Autobahnverlängerung A 100 die Planung der 1950er Jahre, als die autogerechte Stadt noch das unumstrittene Leitbild war. Völlig zu Recht spottete der langjährige Senatsbaudirektor Hans Stimmann

(SPD): „Ein Projekt der 1950er mit den Argumenten der 1970er Jahre“.

Ein Kardinalfehler, der die Steuerzahler_innen - auch das Geld des Bundes wird von der Berliner Bevölkerung erbracht - teuer zu stehen kommt. Nach heutigem Planungsstand kostet der 3,2 Kilometer lange Abschnitt mit 140 Millionen Euro pro Kilometer mehr als der Transrapid in München. Während dieses Wahnsinnsprojekt gestoppt wurde, plant Berlin weiter rückwärts. Für die A 100 sollen intakte Wohnhäuser und Gewerbebetriebe abgerissen und ganze Stadtteile zerstört werden. Allein der Umbau des S-Bahnhofs Ostkreuz hat sich deshalb um Jahre verzögert.

Berlin könnte Vorbild für eine umweltfreundliche Metropole sein.

Dabei hätte Berlin alle Chancen, zum Musterbeispiel einer zukunfts-trächtigen Metropole zu werden. Die Stadt hat eine dezentrale Stadtstruktur mit vielen Zentren und braucht - anders als zum Beispiel London, Paris oder Hamburg - die Straßenbahn nicht neu zu erfinden. Sie muss die 190 Kilometer nur ausbauen und mit dem 332 Kilometer langen S-Bahn- und dem 145 Kilometer langen U-Bahn-Netz besser verknüpfen.

Fast jeder zweite Berliner Haushalt hat kein eigenes Auto, und 90 Prozent aller Menschen leben nur fünf Fahrradminuten von der nächstgelegenen Haltestelle von S-, U- oder Straßenbahn entfernt, wo man jederzeit auch mit dem Fahrrad einsteigen kann. Der Anteil von 15 Prozent Radverkehr im Alltag ist eine gute Grundlage, um auch ohne Auto mo-

bil zu sein. 90 Prozent aller Fahrten mit dem Auto in der Stadt sind kürzer als sechs Kilometer - Strecken also, bei denen sicherlich die Mehrheit der 1,2 Millionen Pkw-Besitzer in Berlin von Alternativen zu überzeugen wäre.



Michael Cramer, MdEP

Autofixierte Berliner Verkehrs-politik

Doch die Berliner Politik ist unverändert autofixiert: Für den neuen Hauptbahnhof war der Tiergartentunnel rechtzeitig fertig, aber auf die geplanten Anbindungen von S-, U- und Straßenbahn müssen die Fahrgäste noch Jahre warten. Auch die Autobahn zum Flughafen BBI ist schon längst fertig, während die geplante schnelle Schienenanbindung zur Eröffnung 2012 nicht möglich sein wird.

Und die Sünden der Vergangenheit? Anstatt mit demselben Geld für das Zusammenwachsen der gespaltenen Stadt 100 km Straßenbahn

in 5 Jahren zu bauen, hielt man 5 km U-Bahn in 30 Jahren für die bessere Alternative. Kein Wunder, dass für die Straßenbahn vom U-Bahnhof Warschauer Straße zum U-Bahnhof Hermannplatz lediglich auf der Oberbaumbrücke symbolisch die Gleise verlegt wurden. Und auch an die versprochene Verbindung vom S-Bahnhof Schöneweide zum U-Bahnhof Zwickauer Damm wird allenfalls mit Worten gedacht.

Aber nicht nur in Neukölln sind die Defizite sichtbar: In den 1970er Jahren wurde das Märkische Viertel nur mit Bussen erschlossen. Die U-Bahn wurde zwar versprochen, aber nie gebaut. Seit dem Fall der Mauer könnte man kostengünstig die Tram von Rosenthal durch das Märkische Viertel bis zum S-/U-Bahnhof Wittenau verlängern. Dadurch wären 80 Prozent der Bewohner mit einem Fußweg von fünf Minuten an das Straßennetz angeschlossen. Doch 22 Jahre nach dem Mauerfall ist die Planung noch nicht einmal eingeleitet, geschweige denn mit dem Bau begonnen worden.

Oder die Straßenbahn vom Alexanderplatz zum Rathaus Steglitz. In der Leipziger Straße liegen zwar schon seit mehr als einem Jahrzehnt die Gleise - doch die Planfeststellung ist noch nicht einmal eingeleitet worden. Dabei würde diese Strecke finanziell positiv zu Buche schlagen, weil der Ersatz der vielen Busse durch die Tram in der Unterhaltung erheblich kostengünstiger wäre. Und wenn dann noch eine Ko-Finanzierung der EU angefordert würde - dem hatte sich der rot-rote Senat 10 Jahre lang verweigert - wäre diese Tram-Linie sogar ein richtiges Schnäppchen!

Tram statt Autobahn!

Dieses und andere dringend gebotene Tram-Projekte ließen sich locker mit dem Geld bezahlen, das für die A 100 eingeplant ist. Auch wenn die Bundesregierung die Autobahn mitfinanziert, muss Berlin für Planung und Zufahrtstraßen tief in die eigene Tasche greifen. Der Richtwert liegt bei etwa 20 Prozent, das wären nach heutigem Kostenstand - und der hat sich in Berlin meist locker verdoppelt - nur für die A 100 etwa 84 Mio. Euro.

Umkehr ist dringend geboten! Auch der neue Senat darf nicht weiter mit Vollgas back to the fifties rasen, sondern muss dem Umweltverbund von Bahn, Bus, Rad und fußgängerfreundlicher Straßengestaltung die Priorität geben - nicht mit Worten, sondern mit Taten. Denn wer sich jetzt noch für Autobahnen entscheidet, zahlt doppelt: heute für den Bau und morgen für den Abriss.

Michael Cramer

Feinstaubbelastung immer noch zu hoch

SILBERSTEINSTRASSE MIT 54 ÜBERSCHREITUNGEN IM JAHR TRAUERIGER SPITZENREITER - 31 ÜBERSCHREITUNGEN IM MESSCONTAINER NANSSENSTRASSE AM REUTERPLATZ

Im Herbst kam die erfreuliche Nachricht, dass Berlin an der Spitze des europäischen Städtevergleiches „Rußfrei fürs Klima“ liegt. Grund ist die erfolgreiche Umweltzone, die innerhalb des S-Bahn-Rings für die Halbierung des Ausstoßes von Dieselruß sorgte. Auf die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen musste aber dennoch der BUND am Ende des Jahres hinweisen: Alle Messstellen des Berliner Luftgüternetzes BLUME, die an Hauptverkehrsstraßen liegen, meldeten innerhalb von 12 Monaten an mehr als 35 Tagen Überschreitungen des Grenzwertes für Feinstaub (PM10) von 50 µg/m³. Dieser von der Europäischen Union zum Schutz der Gesundheit festgelegte Grenzwert wurde damit überall überschritten.

Trauriger Spitzenreiter ist die Silbersteinstraße in Neukölln mit 54 Tagen, gefolgt von der Frankfur-



Feinstaubmessstation in der Silbersteinstraße, Foto: Christian Kölling

ter Allee (47 Tage) und dem Mariendorfer Damm (46 Tage). An der Karl-Marx-Straße ist die Situation mit Grenzwertverletzungen an 39

Tagen ebenfalls kritisch und verstößt gegen geltendes EU-Recht. Allein der dritte Neuköllner Messcontainer in der Nansenstraße am Reuterplatz

meldete halbwegs reine Luft mit „nur“ 31 Überschreitungen.

Um die Situation in der Silbersteinstraße zu entschärfen fordert Martin Schlegel, Verkehrsreferent beim BUND-Berlin, die Einhaltung des bereits bestehenden Fahrverbotes für LKW. Die Überschreitung des Grenzwertes trotz LKW-Fahrverbot zeige zum einen, dass die Berliner Polizei offensichtlich nicht ausreichend kontrolliere, zum zweiten erbringe die parallele A100 bei weitem

nicht die Verkehrsentslastung für die Stadtstraße, die die Befürworter des A100 Ausbaus behaupten würden.

2012 muss der Luftreinhalteplan fortgeschrieben werden. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat die Beteiligung der Öffentlichkeit für März angekündigt. Wenn der Senat nicht angemessen handelt, empfiehlt der BUND den Anwohnerinnen und Anwohnern, weitere Maßnahmen vor Gericht einzuklagen, wie bereits in anderen Städten geschehen.

Christian Kölling



Bündnis 90/Die Grünen, Bezirksgruppe Neukölln

Redaktionsadresse:
Neuköllner Stachel,
Bündnis 90/Die Grünen Neukölln,
Berthelsdorfer Straße 9,
12043 Berlin

V.i.S.d.P.:
Susanne Lippert
susanne.lippert@gruene-neukoelln.de

Mitarbeiter_innen dieser Ausgabe: Jochen Biedermann, Jürgen Biele, Michael Cramer, Kalle Erlacher, Annette Heppel, Susanna Kahlefeld, Anja Kofbinger, Christian Kölling, Ursula Künning, Susanne Lippert, Oliver Münchhoff, Valentin Münscher, Milena Oschmann, Lisa Paus, Kemal Salis, Michael Schneidewind, Bernd Szczepanski, Gabriele Vonnkold, Bertil Wewer

Layout: Kalle Erlacher

Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln wieder. Für mit vollem Namen gezeichnete Beiträge übernimmt der/die jeweilige Autor_in die Verantwortung.

Druck: Caro-Druck GmbH

Vorstandssprecher_innen:
Annette Heppel
annette.heppel@gruene-neukoelln.de
André Schulze
andre.schulze@gruene-neukoelln.de

Internet:
http://www.gruene-neukoelln.de
E-Mail: stachel@gruene-neukoelln.de

EUROPÄISCHE SOLIDARUNION ENTDECKEN

Europa braucht mehr Demokratie, nicht mehr Währungen

Für uns ist klar: Europa ist nicht nur ein Währungsraum oder ein Markt, sondern das Europa von heute ist auch eine klare Ansage gegen Krieg und für eine Gemeinschaft, die auf Menschenrechten, Demokratie und der Anerkennung des Sozialstaates beruht. Und Europa brauchte dafür ein paar Jahrhunderte, um sich zu der größten verfassten Gemeinschaft auf unserer Erde zusammenzufinden. Das hört sich nicht nur groß an, sondern das ist es auch: Keine Völkergemeinschaft auf der Welt bietet so viele unterschiedliche Facetten von Nationalitäten und kulturellen Identitäten unter dem Dach einer Verfassung.

Der Fall der Mauer entfachte eine ungeahnte europäische Euphorie, und 1992 war es soweit: Der Euro wurde geboren, und seit 2002 haben wir das Geld in der Hand - mit einem nicht zu verhehlendem Manko: Während die Geldpolitik in den Euroländern nun einheitlich ist, verharrte die Wirtschaftspolitik der Euroländer weitestgehend in der Verantwortung der einzelnen Länder. Wirtschaftliche Koordinierung - etwa bei Exporten: Fehlzanzeige. Aber in einer Sache verstand man keinen Spaß: Neuver-

schuldung des Haushaltes von 3 % oder eine Gesamtverschuldung von 60 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) sind das Maximum im Wäh-

Stammtischen sogar die Frage, wer in Griechenland eigentlich Steuern zahlt. Und mit Bangen blickt man in Europa nach Deutschland - nicht

clevere Produkte einfallen, die dann von allen gekauft werden? Könnte ja brenzlich werden an den europäischen Grenzen...



Foto: Oliver Münchhoff

rungsclub. Dass das nicht reicht, zeigte sich schnell:

Mit Bangen schaut die deutsche Öffentlichkeit auf die nächste Rentenrunde in Portugal, und neuerdings stellt man sich an deutschen

auf die Stammtische, sondern auf die Industrie. Machen die nächsten Tarifabschlüsse das deutsche Automobil noch konkurrenzfähiger - sprich: billiger? Oder: Was lässt sich die deutsche Waffenindustrie für neue

in vielen Ländern gekürzt, denn davon werden keine Panzer gekauft.

Aber wenn alle sparen, wie soll dann eine Wirtschaft entstehen, die gerade Länder wie Griechenland so dringend brauchen? In der Arbeits-

plätze geschaffen und damit auch Steuereinnahmen erzeugt werden?

Eine Politik nationalstaatlich geprägter Egoisten im Kampf um Märkte kann nur eine soziale Abwärtsspirale zu Lasten aller erzeugen.

Die gemeinsame Währung ist dann nur noch eine hohle Klammer mit Auslaufcharakter.

Mehr europäische Demokratie

Die europäischen Institutionen und damit Europa müssen demokratisch besser legitimiert werden: Dem Europäischen Parlament, das nicht allein den Interessen einzelner Mitgliedstaaten, sondern allen Menschen in Europa verbunden ist, sollte ein neuer Status eingeräumt werden: Es sollte eine „Europaregierung“ wählen können.

Damit ist ein langer Weg vorgezeichnet, der nicht einfach sein wird. Und über die Ergebnisse werden auch die Bürgerinnen und Bürger bei uns - also wir alle - mit zu entscheiden haben, um ein demokratischeres Europa anzugehen. So kann es seine einstige Strahlkraft wieder erlangen. Mit dem Euro.

Oliver Münchhoff

Grüne Konzepte gegen Merkels Fiskalpakt

Für ein Ende der Eurokrise fordern die Grünen einen Altschulden-Tilgungsfonds, ein Investitionsprogramm und mehr Solidarität in Europa. Die schwarz-gelbe Regierung behauptet, sie würde lieber sparen, Schuldenvergemeinschaftung sei gefährlich. Das Gegenteil ist die Wahrheit: Merkels Fiskalpakt führt in die Rezession und damit zu noch höheren Schulden.

Die grüne Forderung nach einem Altschulden-Tilgungsfonds wird von allen fünf Wirtschaftsweisen unterstützt. Nur so könnten die ständigen Rettungsschirm-Ausweitungen beendet werden. Mit Zeit und fairen Regeln könnte sozial und nachhaltig konsolidiert werden. Schock-Sparen geht dagegen zu Lasten der Schwächsten und löst nicht das eigentliche Gerechtigkeitsproblem hinter der Krise.

Merkel vergemeinschaftet Schulden heimlich über die EZB

Merkel zwingt die Europäische Zentralbank (EZB) für niedrigere Zinsen zu sorgen, weil sie nichts tut. Das ist teuer und riskanter als unsere Alternativen. Die EZB hat den Banken über 1.000 Milliarden Euro zu einem Zinssatz von 1% auf 3 Jahre zur Verfügung gestellt. Damit kaufen die Banken Staatsanleihen, für die sie zwischen 5 und 31 % Zinsen kassieren. Zusätzlich hat sie für 280 Milliarden Euro Staatsanleihen von Krisenländern aufgekauft. Die Banken in den Krisenländern finanzieren sich ebenfalls nur noch über die EZB. Für all diese Risiken in der EZB Bilanz haften auch wir, aber ohne politische Kontrolle. Von Merkels Fiskalpakt profitieren also ausschließlich die Banken.

Ein Altschulden-Tilgungsfonds würde stattdessen die Schulden oberhalb der erlaubten 60% als gemeinsam besicherte Anleihen und damit



Lisa Paus, MdB

zu niedrigen Zinsen refinanzieren, bis sie gemäß vereinbarten Regeln komplett abgetragen sind. Die deutsche Garantie würde gegen vertragliche Bindung von Steuereinnahmen zur Schuldentilgung getauscht. Das kann die EZB nicht. Für Investitionen wäre Geld da, das jetzt noch bei den Banken hängen bleibt.

Kurzfristig Rettungsschirm, Investitionsprogramm und Finanztransaktionssteuer

Kurzfristig sollte bis zu einer Einigung über den Altschulden-Tilgungsfonds der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) als dauerhafter Rettungsschirm eine Banklizenz erhalten, um den teuren Umweg über die Privatbanken zu beenden und niedrigere Zinsen an parlamentarisch kontrollierbare Regeln zu binden. Gegen die aktuelle Rezession in der Eurozone, vor allem in den Krisenstaaten brauchen wir ein europäisches Investitionsprogramm, schon aus Eigeninteresse.

Ohne Investitionen bleibt in Spanien jeder zweite Jugendliche arbeitslos. Ohne Investitionen gibt es keine Energiewende. Die EU-Kommission veranschlagt einen Bedarf von 1 Billion Euro bis 2020. Eine Aufstockung des Eigenkapitals der Europäischen Investitionsbank (EIB) könnte ihr ermöglichen, kurzfristig mittelständischen Firmen in Südeuropa neue Investitionen vorzufinanzieren und Energienetze für die Energiewende aufzubauen. Mittel für Investitionen könnten auch aus einem Teil der Einnahmen einer breiten Finanztransaktionssteuer fließen. In der Gesamt-EU ist sie nicht durchsetzbar. Aber die neun Staaten, die in einem Brief Fortschritte eingefordert haben, könnten nach einer klärenden Abstimmung sofort die verstärkte Zusammenarbeit einleiten.

Diese neun, unter anderem Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien machen zusammen 90% der Eurozonen-Wirtschaftskraft aus. Nicht nur Nobelpreisträger Joseph Stiglitz rät zu diesem Schritt.

Sozial aus der Krise: Vermögensabgabe statt Steuerwettbewerb nach unten

Grundsätzlich kommt nur ein Solidarisches Europa aus der Krise. Dem deutschen Schuldenberg von 2 Billionen steht ein Netto-Privatvermögen von 8 Billionen gegenüber. Über 5 Billionen bzw. 60% davon gehören den reichsten 10% der Bevölkerung. Auch sehr gewerkschaftsferne Ökonomen warnen deutlich: Ein Jahrzehnt des Konsumverzichts der 90% mit entsprechender Rezession und Stagnation lässt sich nur durch mehr Verteilungsgerechtigkeit verhindern. Die Boston Consulting Group rechnet vor, dass die Umverteilung von einem Drittel allen flüssigen Kapitals zurück zu maximal 60% Verschuldung entsprechend dem EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt bei jeweils Staat, Unternehmen und Haushalten führen würde. Als Bundestagsfraktion haben wir unser Konzept einer Vermögensabgabe von je 1,5% für 10 Jahre der 0,4% reichsten Deutschen vom DIW durchrech-

nen lassen. Sie würde die Staatsschulden um 100 Milliarden Euro verringern. Vermögensabgaben und -Steuern sollten EU-weit eingeführt und koordiniert werden. Denn nur europäisch ist der Steuerwettbewerb nach unten zu stoppen. In den letzten 15 Jahren sind die Körperschaftsteuersätze in der EU von 35 auf 23% gesunken. Staatsausgaben wurden auf Pump statt mit Steuereinnahmen finanziert. Irland besteht weiter auf seinem Körperschaftsteuersatz von 12,5%. Nur eine EU-weite gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage für Unternehmen könnte verhindern, dass Unternehmen ihre Gewinne unter einem reinen Briefkasten in Irland versteuern während sie Infrastruktur, Universitäten und Fachkräfte in Deutschland und andernorts nutzen.

Machtwechsel für ein Solidarisches Europa

Unser Green New Deal-Konzept eines Solidarischen Europa ermöglicht ökologisch und sozial nachhaltige Investitionen und den wirklichen Abbau der Schuldenberge. Die Wähler_innen in Frankreich können mit der Abwahl Sarkozys den dafür nötigen Machtwechsel einleiten. Der Chefvolkswirt der breimischen Landesbank, Folker Hellmeyer, hat in der Sendung Monitor vorgerechnet, das die Bundeskasse 45-65 Mrd. Euro Zinsgewinn verbuchen konnte, weil Anleger_innen europaweit in der Krise in sichere Bundesanleihen investieren und dafür Minizinsen akzeptieren. Eine deutsche Regierung, die ihren Krisenprofit lieber in Steuersenkungen, Betreuungsgeld und andere Ideologieprojekte versenkt als in Europa zu investieren, können wir uns nicht leisten. Um die Grünen für den Fiskalpakt zu gewinnen, müsste ein Strategiewechsel schon jetzt begonnen werden.

Lisa Paus

„Ganz und gar eine Neuköllner Grüne“

Erst einmal: Herzlichen Glückwunsch zur Wahl ins Abgeordnetenhaus!

Es ist immer noch neu. Die größte Veränderung, auch vom Gefühl her, ist, dass ich nicht mehr nach der Arbeit erst politisch aktiv bin, sondern das jetzt meine Hauptbeschäftigung ist. Bisher musste ich den Job mit all seinen Verpflichtungen und das Engagement immer unter einen Hut bekommen, auch im Wahlkampf. Das ist eine Chance und die will ich im Sinn meiner politischen Ziele nutzen.

Wie sieht ein durchschnittlicher Arbeitstag im AH aus?

Mal sehen, der Alltag begann ja erst im Januar. Wir mussten alle abwarten, bis die Senatoren ernannt und damit auch die Zuständigkeiten geklärt waren. Davon hängen nämlich auch die Zuschnitte der Ausschüsse ab. Wenn die Ausschüsse sich konstituiert haben, kann der normale Arbeitsrhythmus beginnen. Ich habe die Zeit bisher genutzt und sehr viel gelesen, um mich einzuarbeiten. Es gab natürlich auch die Sitzungen in der Fraktion, im Plenum, in Arbeitskreisen etc. Und ich habe auch jeden Tag Treffen und Telefonate mit Menschen im Bezirk oder Vereinen und Projekten in der Stadt. Das wird so bleiben.

Welche Schwerpunkte willst du in den nächsten 5 Jahren setzen?

Ich bin in der Fraktion die Sprecherin für „Partizipation und Gleichbehandlung von Migrant_innen“.



Susanna Kahlefeld, MdA

Damit ist eine Querschnittsaufgabe definiert. Bei Menschen, die lange hier leben oder hier geboren sind, geht es nicht mehr um Integration, sondern darum, dass sie in Deutschland nicht die selben Chancen haben, etwas aus sich zu machen. Ich werde mich um das Thema Anerkennung von Abschlüssen kümmern, um die Interkulturelle Öffnung unserer Institutionen, um die Mitbestimmungsgremien wie die Migrationsräte und vieles mehr. Die bestehenden Blockaden schaden uns allen.

Wie viel „Neukölln“ steckt in deiner Arbeit im AH?

Viel! Ich war hier so lange in der Bezirksverordnetenversammlung, ich bin ganz und gar eine Neuköllner Grüne. Die bevorstehenden Kürzungen im Jugendbereich, denen der neue CDU-Stadtrat nichts entgegenzusetzen hat, die radikale Kursänderung in der Haushaltspolitik weg von den Menschen und hin zu Parkplätzen und teuren Hofpflasterungen im Schloss Britz – das macht mir Sorgen. Aber da kann ich nur versuchen, die Grünen im Bezirk zu unterstützen. Mein Neuköllner Blick bestimmt meine Positionen im Abgeordnetenhaus, denn auch Wowereit will bauen, bauen, bauen – da hat er mal was mit Buschowsky gemeinsam. Es wird Geld fließen in die A 100, den „teuersten Autobahntunnel Deutschlands“, aber der ÖBS (Öffentliche Beschäftigungssektor) wird abgeschafft, es gibt Geld für eine „Wowereit-Gedenk-Bibliothek“, obwohl es für das historische Flughafengebäude noch kein Konzept gibt und außerdem die Integrations-Projekte evaluiert

und ausgedünnt werden sollen – dem Afghanischen Kulturzentrum in Neukölln z.B. sind die ohnehin schon minimalen Gelder gestrichen worden, so dass die Arbeit mit den Flüchtlingen nun komplett ehrenamtlich gemacht werden muss. Dazu passt auch, dass es vor Weihnachten in der Presse Berichte gab, dass auf der Neuköllner Seite des Tempelhofer Feldes hochpreisige Wohnungen entstehen sollen – irgendwie müssen die Prestigeprojekte ja refinanziert werden. Davon hätte in den angrenzenden Kiezen aber niemand etwas – im Gegenteil. Ich könnte noch vieles aufzählen.

Deine persönliche Bilanz aus dem Wahlkampf?

Na ja, da ist ja jetzt schon viel durch die Presse gegangen. Auf Landesebene ist vieles politisch und strategisch nicht gut gelaufen. Trotzdem sind wir mit einem guten Programm ins Rennen gegangen und haben dank unserer engagierten Wahlkämpfe in den Bezirken ein respektables Ergebnis erreicht. Es hätte natürlich mehr sein können, wenn wir einen echten Berliner Wahlkampf gemacht hätten: Berlin ist sehr unterschiedlich, was die Problemlagen, die Milieus und die politischen „Tonlagen“ angeht. Wir Grünen sind da eigentlich überall gut verankert, aber das war von unseren Wahlkampfstrateg_innen leider nicht gefragt.

Ich möchte, das wir mit dem Diskussionprozess, den der Pateitag am 21. Januar in Gang setzen soll, zur Integrationskraft der innerparteilichen Bandbreite zurückfinden.

Wo liegen die wichtigsten Baustellen im Land?

Mietenpolitik, die zunehmende Spaltung in Arm und Reich – Prestigeprojekte statt Investition in die Menschen, die Verdrängung von Migrant_innen und Hartz IV-Empfänger_innen aus den Kiezen. Aber auch eine ernsthafte Bürger_innenbeteiligung – und das unabhängig vom Einkommen! Die Menschen, egal wie viel sie verdienen, möchten sich Politik nicht mehr vorsetzen lassen.

Du warst bereits Bezirksverordnete in Neukölln. Was unterscheidet Kommunalpolitik von der Landespolitik?

Formal ist vieles sehr ähnlich, die Arbeitsabläufe in den Parlamenten sind nicht so unterschiedlich. Ich würde auch nicht sagen, dass die Bezirke generell „weniger“ zu entscheiden haben, denn was die Bürger_innen von der Politik zu spüren bekommen, liegt oft in der Verantwortung der Bezirke: Bearbeitungszeiten im Jugendamt oder auf der Einbürgerungsbehörde z.B. Auf Landesebene geht es einfach um andere Zuständigkeiten: Über die Einstellung von Lehrer_innen oder die großen Bauvorhaben wird nicht in den Bezirken entschieden.

Traurig, dass Rot-Grün gescheitert ist?

Ja und Nein. Grün wäre besser gewesen für Berlin, aber wir Grünen sind alles Leute mit Rückgrad. Damit hat Wowereit Schwierigkeiten – und so wäre das dann auch nicht lange gegangen.

Interview: Milena Oschmann

DIE BÜRGER_INNENINITIATIVE „100% TEMPELHOFFER FELD“ BEREITET EINEN VOLKSSENTSCHEID ZUM ERHALT DES TEMPELHOFFER FELD VOR

Volksentscheid zum Erhalt des Tempelhofer Feldes



Nicht nur unter den Neuköllner Grünen ist das Tempelhofer Feld ein beliebter Freiraum Foto: Daniel Schimke

New York hat das nicht, Paris hat das nicht, Peking hat das nicht und Kairo sowieso nicht: mitten in der Großstadt ein Wiesenmeer von ungeheuren Ausmaßen, nämlich von 270 ha oder 250 Fußballfeldern: das Tempelhofer Flugfeld. Das riesige Spielfeld im Grünen soll auch so bleiben, befragt man die bis zu 50.000 Besucher_innen des Feldes an einem schönen Sommerwochenende. Spielfeld für Kinder, Spielfeld für Jugendliche, Spielfeld für Erwachsene. Über die Rollbahnen sausen auf allem was geht mit Muskelkraft und Windenergie, den Wolken hinterher sehen und an der Drachenschur ziehen, sich im hohen Gras verlieren oder mit Freunden, Verwandten und anderen Bekannten chillen und grillen und die grandiose Weite genießen. Und im Winter dann die Loipen laufen, sich im Schlitten ziehen lassen oder in der herrlichen Schneelandschaft spazieren gehen.

Das Tempelhofer Flugfeld ist darüber hinaus der einzige Ort in Berlin, an dem die technisch-wissenschaftliche, politische und soziale Entwicklung der Stadt über ein ganzes Jahrhundert kontinuierlich und anschaulich manifestiert ist. Es ist Zeugnis der motorisierten Luftfahrtgeschichte, Tatort nationalsozialistischer Verbrechen und Schauplatz der Konfrontationen im Kalten Krieg. Als geschützte Grasfläche ist es eine wertvolle Naturfläche mit wichtiger Klimafunktion. Das Tempelhofer Feld stellt insofern einen unersetzlichen und unwiederbringlichen Wert für die Berliner Bevölkerung dar.

In der Zeitung lesen wir jedoch von den Plänen des Berliner Senats, wonach die Freifläche für 62 Mio. €

zu einem gestalteten „GrünBerlinPark“ umgebaut werden soll. Wir hören, dass im Jahr 2017 dort zusätzlich eine eintrittspflichtige Internationale Gartenbauausstellung präsentiert werden soll – mit einem geschätzten Defizit von 13 Mio. €. Umrahmt werden soll nach Vorstellungen von SPD und CDU das Ganze mit teuren Wohnungen für die oberen Zehntausend entlang des Columbiadammes und der Oderstrasse und mit Gewerbe entlang der S-Bahn.

Warum aber Geld, Kraft und Ideen in einen Ort stecken, der genau als das funktioniert, was er zurzeit ist: ein Park, der keiner ist, ein Anti-Park, den kein Planer besser hätte entwerfen können, der funktioniert als das, was er ist: ein Freiraum, der nichts vorgibt und alles zulässt, der befreit. Wer hat da andere Interessen und warum?

Es ist wie so oft: Da ist die planende Verwaltung, der die Arbeit auszugehen droht, da die großen Wiedervereinigungsprojekte allmählich auslaufen und die sich deshalb neue Arbeit generieren muss, um nicht selber arbeitslos zu werden. Da ist dieser voreilige Beschluss des Abgeordnetenhauses, 62 Mio. € für diese im Jahr 2008 – also vor Öffnung des Flughafens – noch als Gewerbebrache bezeichnete Fläche auszugeben. Damals nahmen viele an, die Berliner_innen könnten mit dieser Weite des Flugfeldes nichts anstellen. Und dann ist da noch die Vorstellung der Wenigen, dort vor großen Panoramascheiben und dem flackernden Kamin den Sonnenuntergang auf dem Feld in den eigenen vier Wänden genießen zu können und die

Hoffnung der anderen, damit eine Menge Geld verdienen zu können. Und die Wünsche der Wirtschaft nach prestigeträchtigen Grundstücken mit schöner Aussicht auf ein repräsentatives „Vorfeld“. Von solchen Grundstücken kann die Wirtschaft nie genug haben, auch wenn andernorts noch ausreichende Angebote existieren wie z.B. Adlershof, Spreeufer, Europacity, Tegel Flughafen u.a.m.

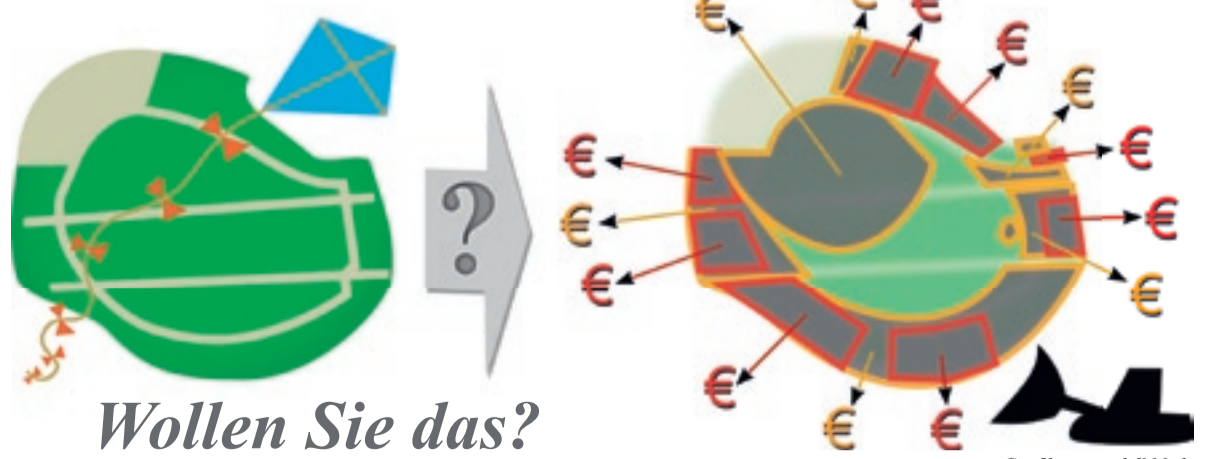
Was den Grünen als Opposition nicht gelingen mag, das könnte die Bürger_inneninitiative „100% Tempelhofer Feld“ mit einem Volksentscheid durchzusetzen: Ein erster Gesetzesentwurf dazu liegt den Mitgliedern jetzt zur weiteren Beratung vor.

Und das sind die Kernanliegen:

- » Keine Bebauung
- » Erhalt der gesamten Grasflächen, Verhinderung der Verholzung durch Mahd bzw. geeignete Maßnahmen
- » Belassung der Landebahnen und Wege
- » Keine weitere Versiegelung durch zusätzliche Wege
- » Keine kommerzielle Nutzung
- » Keine geschlossenen Veranstaltungen
- » Freie Zugänglichkeit
- » Schutz gegen motorisierte Nutzung
- » Schutz der Naturflächen, der vorhandenen Flora und Fauna
- » Angemessene Aufarbeitung und Dokumentation zur Rolle des Flughafens im Nationalsozialismus und zum KZ-Außenlager auf dem Flugfeld.

Mehr Informationen unter www.tempelhoferfeld100.de

Michael Schneidewind



Wollen Sie das?

Grafik: www.thf100.de

Buschkowsky versagt bei der Integration

Neuköllns Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky gilt vor allem überregionalen Medien als Experte in Sachen Integration. Dass er dabei gerne zuspitzt und polarisiert ist nichts Neues. In den letzten Monaten hat er sich jedoch selbst für seine Verhältnisse erschreckend oft in Ton und Inhalt vergriffen.

Am 23. Februar war Buschkowsky eingeladen, die im ARD übertragene Trauerfeier für die Opfer der NSU-Nazi-Morde zu kommentieren. Er lobte die gut integrierten, mittlerweile erwachsenen Kinder der Opfer, die über ihre ermordeten Väter gesprochen hatten – um dann seine Botschaft zu platzieren: „Waren es früher die Gastarbeiterkinder, die vereinzelt in den Klassen waren, so wurden sie schon von auch den deutschen Mitschülern nicht besonders nett behandelt, ist es heute andersrum. Wenn in einer Klasse nur noch ein, zwei deutsche Schüler sind, dann passiert dasselbe“. Buschkowskys Äußerungen stießen auf vielfache Kritik. So schrieb etwa der Tagesspiegel: „Anstatt auf das Leiden der Opfer einzugehen, verwies Heinz Buschkowsky auf die Frage nach der Diskriminierung von Migrantinnen im Alltag auf sein Lieblingsthema: ‚Die mangelnde Akzeptanz unter Ausländern und deren

fehlenden Integrationswille.“ Dass das kein Ausrutscher war, wissen alle, die die Politik im Neuköllner Rathaus verfolgen: Ein Antrag der Grünen, der von Heinz Buschkowsky eine Entschuldigung für seine abwertenden Äußerungen forderte, wurde nicht einmal zur Beratung zugelassen.

Auch in den Reaktionen auf die Morde an Youssef El A. und Burak B. ließen Buschkowsky und sein Stellvertreter, der Stadtrat für Gesundheit und Jugend, Falko Liecke (CDU), Takt und Mitgefühl mit den Familien vermissen. Eine Teilnahme an der Gedenkveranstaltung für Youssef El A. vor dem Neuköllner Rathaus lehnte das Bezirksamt ab. Während Angehörige und Freunde auf dem Vorplatz um den 18-jährige Sohn einer Stadtteilmutter trauerten und Plakate wie „Im Sinne von Youssef appellieren wir an alle, keine Gewalt und keine Rache“ trugen, erklärte Falko Liecke in der taz: „Das Bezirksamt hat kondoliert, der Verstorbene wurde beerdigt. Damit ist für uns die Sache im Prinzip erledigt.“ Anstatt die ausgestreckte Hand der Familie zu ergreifen, die von Anfang an dafür gesorgt hatte, dass es nach dem Tod ihres Sohnes ruhig blieb im Kiez, und damit tatsächlich etwas praktisch zum friedlichen Zusammenleben beigetra-

gen hat, wandte sich das Bezirksamt lieber ab. Nach dem Versagen der deutschen Behörden bei den NSU-Morden wäre eine Geste des Miteinanders besonders wichtig gewesen.

Am 5. April wurde Burak B. aus einem Auto heraus auf offener Straße erschossen; seine Freunde mussten schwer verletzt ins Krankenhaus. Während Mitschüler_innen und Freund_innen entsetzt über die Ähnlichkeit zu den NSU-Morden nach einer Erklärung suchten, gab der Integrationsbeauftragte des Bezirks, Arnold Mengelkoch, am zehnten April, also nur fünf Tage später, im mdr ein Interview über kriminelle arabische Clans.

An diesem Interview des Integrationsbeauftragten konnte Buschkowsky ebenso wenig etwas Kritikwürdiges finden, wie an seinem eigenen Verhalten. In der Bezirksverordnetenversammlung warnte er davor, in die Arbeit der Ermittlungsbehörden einzugreifen und ihren Ergebnissen vorzugreifen – um dann seine in Sug-

gestivfragen verpackte persönliche Version der Vorfälle um den Tod von Youssef darzustellen: „Wie [kam es] zu dem Flashmob [sic]? Was wollte die Gruppe an der Wohnung der beiden Deutschen und zu wem gehören die Messer und Totschläger, die an dem Standort gefunden wurden, an dem sich die Gruppe aufhielten, alle Gruppenmitglieder jedoch erklären, sie waren unbewaffnet?“ Während die Angehörigen und Freunde der Opfer sich bewundernswert besonnen gezeigt haben, sagt Buschkowsky, „und dann muss man auch sagen, wer zusticht [sic]“.

Besonders problematisch an diesen Äußerungen ist die einseitige Vorwurfs- und Anspruchshaltung gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund. Auch nach Gewaltvorfällen und dem offensichtlichen Versagen der deutschen Behörden im Umgang mit dem Rechtsterrorismus spricht Buschkowsky über vermeintliche Straftaten von Migrant_innen und fehlende Integration. Er beruft sich

dabei ähnlich wie Thilo Sarrazin oder rechtspopulistische Parteien auf „das Recht, die Wahrheit sagen zu dürfen“. Als Verfechter der „Wahrheit“ muss er sich aber die Frage gefallen lassen, wie ausgewogen seine „Wahrheitsäußerungen“ sind. Schließlich sind in unserem Bezirk kurz hintereinander zwei junge Männer mit Migrationshintergrund umgebracht worden. Und schließlich ist auch die tausendfache Erfahrung von Diskriminierung, wie sie fast alle in Deutschland lebenden Migrant_innen von Arbeitgeber_innen, Vermieter_innen und den verschiedenen deutschen Behörden erfahren, eine Wahrheit. Diese Wahrheit nimmt der Bezirksbürgermeister Buschkowsky seltenerweise nur sehr selten in den Mund.

Dem friedlichen Zusammenleben in Neukölln hat er damit – wieder einmal – einen Bärendienst erwiesen.

Susanna Kahlefeld,
Jochen Biedermann,

WANDERAUSSTELLUNG: „ARBEIT OHNE WERT?“

Über den Sinn öffentlich geförderter Beschäftigung

Der Arbeitsmarktreport für Neukölln weist im Monat März 25.843 Arbeitslose aus, das sind 18,2% aller Erwerbspersonen. 7.741 Neuköllner_innen werden in der Kategorie „Langzeitarbeitslose“ geführt. Im Nachbarschaftsheim Neukölln, das im Kiez rund um den Körnerpark für seine breitgefächerten Angebote bekannt ist, wurde kürzlich die Wanderausstellung „Arbeit ohne Wert? – Über den Sinn öffentlich geförderter Beschäftigung“ gezeigt.

Aus diesem Anlass begrüßte unser Bezirksstadtrat für Soziales Bernd Szczepanski am letzten Freitag im April die Ausstellungsmacher_innen, Marianne Konermann und Hans Ferenz vom Nachbarschaftsheim Schöneberg sowie Susanna Kahlefeld aus dem Berliner Abgeordnetenhaus zum Meinungs- und Informationsaustausch. Die Initiative von „Kick - Informations- und Beratungsbüro für Arbeitssuchende“ will nicht nur Überzeugungsarbeit



„Arbeit ohne Wert“, Foto: Bernhard Heeb

für öffentlich geförderte Beschäftigungsmaßnahmen machen. Sie zeigt vor allem mit lebensgroßen Fotoportraits und Texten Menschen, die in Beschäftigungsmaßnahmen arbeiten. Ist ihre Arbeit ohne Wert?, wird in vierzehn anschaulichen Einzelfällen gefragt.

Vom Nachbarschaftsheim wan-

dert die Ausstellung in die Rathäuser von Kreuzberg, Schöneberg und Wilmersdorf für jeweils etwa einen Monat. Danach, kündigte Bezirksstadtrat Szczepanski an, will er sie zurück in den Bezirk holen: Diesmal ins Rathaus Neukölln.

<http://www.nbhs.de/Arbeit-ohne-Wert.4426.0.html>

Mitglieder in Arbeitsgruppen und Gremien besser beteiligen - Politik erfolgreich gestalten

Grüne Ideen für Neukölln

Durch unermüdliche Arbeit und viel Engagement ist grüne Politik in Neukölln fest etabliert. Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus haben Grüne Kandidatinnen zwei Direktmandate gewonnen – mehr gab es nur in Friedrichshain-Kreuzberg! In keinem anderen Bezirk sind die Mitgliederzahlen schneller gewachsen, und im Landesverband nimmt Neukölln inzwischen eine Mittelstellung zwischen kleinen und großen Kreisverbänden ein. Ohne das Engagement der langjährig Aktiven, die die Arbeit in Vorstand und Bezirksverordnetenversammlung (BVV) getragen haben, wären wir heute nicht da wo wir sind. In den letzten zwei Jahren sind die Teilnehmerzahlen bei den Bezirksgruppentreffen beachtlich gestiegen, auch wenn nicht alle Neuen regelmäßig kommen. Diese Aktiven bilden die Basis für Wahlkampf, Parteiarbeit, Bezirks- und Landespolitik. Eine mögliche Anlaufstelle ist für sie das Neuentreffen vor der Bezirksgruppensitzung.

Erfreulicherweise ist jetzt allerdings der Punkt ist gekommen, an dem die bisherigen Strukturen nicht mehr ausreichen. Zeit zu handeln: Initiativen drohen im Sand zu verlaufen, wenn Organisationsstrukturen fehlen, oder neue Aktive einfach nicht wissen, wie sie

eigenverantwortlich und zielorientiert in der Bezirksgruppe mitarbeiten können. Mitte Dezember haben sich deshalb Neuköllner Grüne in einer Strukturkommission getroffen, um über Willkommenskultur, Transparenz und Offenheit zu beraten. Schwerpunkte sind u.a. Mitgliedereinbindung, Gestaltung der Bezirksgruppe sowie die Bildung von Arbeitsgruppen.

Schon seit vielen Jahren existiert die AG Stadtentwicklung, die mit der BVV-Fraktion eng und erfolgreich in Fragen von Bauen, Wohnen und Verkehr zusammenarbeitet. Im November kam die neu gegründete AG Migration und Integration hinzu. Die Teilnehmer_innen formulierten zuerst ihre Erwartungen und nahmen sich vor, die Arbeit des Integrationsausschusses im Bezirk aufmerksam zu begleiten. Weitere Themen sind der gegenseitige Informationsaustausch mit der BVV-Fraktion sowie die Einbeziehung von Migrant_innen in die Parteiarbeit. Außerdem hat die AG Soziales die Arbeit aufgenommen. Sie wird Themen der Bundesebene mit der Bezirksebene verknüpfen und sich mit den sozialen Grundlagen des Bezirkes und der Gesellschaft befassen.

Christian Kölling

DIE BVV MACHT SICH SELBST ÜBERFLÜSSIG SPD und CDU verweigern die Debatte

Ende Februar hat die SPD-CDU-Mehrheit in der Bezirksverordnetenversammlung beschlossen, für die nächsten zwei Jahre auf das Recht zu verzichten, in Haushaltfragen des Bezirkes mitzureden und zu entscheiden. Damit hat sie auf das wichtigste Recht der Bezirksverordneten verzichtet und es auf den Bürgermeister übertragen. Er kann künftig nach Gutsherrenart entscheiden, wofür in Neukölln Geld ausgegeben wird, die Bezirksverordneten von SPD und CDU wollen sich da nicht mehr einmischen. Papa wird's schon richten. Die politische Kontrolle des Bezirksamtes halten sie wohl für überflüssig.

Seit Monaten werden Anträge, die darauf abzielen, das Bezirksamt zum Handeln anzuregen oder zu kontrollieren, abgelehnt mit der Begründung, das Bezirksamt mache bereits

alles richtig. Auch eine Debatte in den Ausschüssen wird oft verweigert, man will nicht einmal mehr diskutieren.

In der April-Bezirksverordnetenversammlung kam es zu einem weiteren traurigen Höhepunkt. Zu einem Antrag, die Beschlüsse des Bezirksamtes zu veröffentlichen, wurde nicht nur die Ausschussüberweisung verweigert, sondern SPD und CDU verweigerten selbst eine Begründung für die Ablehnung des Antrages.

Wenn die Bezirksverordneten von SPD und CDU das Bezirksamt nicht bei der Arbeit stören und die Probleme des Bezirkes nicht einmal mehr diskutieren wollen, dann sollte man sie fragen, warum sie sich zur Wahl gestellt haben, denn sie erfüllen den Auftrag ihrer Wähler_innen nicht.

Gabriele Vonnekold



Gabriele Vonnekold,
Fraktionsvorsitzende BVV

50 Jahre Gropiusstadt



Die Gropiusstadt, vom Rudower Dörferblick aus gesehen, Foto: Susanne Lippert

Die Gropiusstadt - welcher Neuberliner, welche Altberlinerin mit Anspruch an ein urbanes Leben mit kultureller Vielfalt und dem berühmten Berliner Flair will dort schon leben? Gropiusstadt, das klingt nach Christiane F., die dort als 14-jährige im Jugendtreff mit Drogen in Kontakt kam und im Drogenmilieu des Bahnhof Zoo zu verelenden drohte. Gropiusstadt, das klingt in vielen Ohren nach sozialem Brennpunkt und nach seelenlosen Wohnmaschinen.

Ein solcher Blickwinkel engt ein und wird weder der Geschichte der Gropiusstadt noch der heutigen Wohnsituation noch den dort lebenden Bewohner_innen gerecht.

Ursprünglich unter dem Namen „Berlin-Buckow-Rudow“ (BBR) errichtet, ist die Gropiusstadt eine von sechs nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen Westberliner Großwohnsiedlungen. Die Gropiusstadt wurde von 1962 bis 1975 auf einem zuvor überwiegend landwirtschaftlich genutzten Gebiet im Süden des Bezirks Neukölln erbaut. Zwischen den Dörfern Britz, Buckow und Rudow entstanden auf einer Fläche von ca. 265 Hektar 19.000 Miet- und Eigentumswohnungen für 50.000 Menschen.

Zu Bauherren der neuen Siedlung wurden die ehemals landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften GEHAG und DEGEWO benannt. Dem damaligen Vorstandsvorsitzenden der GEHAG Karl-Heinz Peters gelang es, den renommierten Architekten Walter Gropius als Planer zu gewinnen. Im Beisein von Walter Gropius erfolgte am 7. November 1962 die feierliche Grundsteinlegung durch den Regierenden Bürgermeister Willy Brandt.

Walter Gropius: „Die Baukunst soll ein Spiegel des Lebens und der Zeit sein.“

Anlass der Entstehung dieser Siedlung war der Beginn des ersten Stadterneuerungsprogramms, das eine

Sanierung der Altbausubstanz Neuköllns beinhaltete. Innerhalb dieses Programms wurden große Teile der Altbausubstanz Neuköllns abgerissen. Die dicht bebauten Gründerzeitviertel von Neukölln wurden entkernt. Dieser „Kahlschlagsanierung“ fielen ca. 56.000 Wohneinheiten zum Opfer. Unter dem Motto „Licht, Luft und Sonne!“ wurde den Bewohner_innen der Umzug in die neue Großsiedlung schmackhaft gemacht.

Walter Gropius war ein Anhänger des bedeutenden und einflussreichen Architekten Le Corbusier, der auf der Basis der Charta von Athen das Konzept der funktionellen Stadt verkündete. Die Charta von Athen - ein 1933 entstandenes städtebauliches Manifest des Internationalen Kongresses für neues Bauen - legte das Leitbild für den Städtebau der Zukunft fest. Sonne, Licht, Luft und Hygiene sowie die räumliche Trennung der vier Grundfunktionen des Menschen - Wohnen, Arbeiten, Freizeit und Verkehr - erhielten hier eine besondere Bedeutung.

Walter Gropius plante für die „Großsiedlung Berlin-Buckow-Rudow“ eine Mischung aus Einfamilienhäusern und mehrstöckigen Häusern in kleinen überschaubaren Wohnvierteln mit vielen Grünflächen, Ladenzeilen und Spielmöglichkeiten für die Kinder. Dieses Konzept konnte so nicht umgesetzt werden, da der Bau der Berliner Mauer im August 1961 zu einer Verknappung der Wohnflächen in Westberlin führte. Die Senatsbauverwaltung forderte daher ab 1964 eine Verdichtung der Bebauung in der neuen Siedlung sowie eine Erhöhung der Geschosshöhe. Die Einwände des Architekten blieben erfolglos. Als die „Großsiedlung Berlin-Buckow-Rudow“ 1972 in „Gropiusstadt“ umbenannt wurde, war der berühmte Planer schon seit drei Jahren tot.

Die Bewohner_innen der Gropiusstadt schätzten den Komfort der neuen Wohnungen. Sie waren hell und es mussten keine Kohlen mehr geschleppt werden. Insgesamt galt die Gropiusstadt zunächst als angenehmer Wohnort. Doch ab Ende 1970 war eine Negativentwicklung zu vermerken. Es gab keine Mischung der Bevölkerungsstruktur, denn 90% der Wohnungen waren für sogenannte sozial schwache Mieter_innen vorbehalten. Die Grünflächen boten durchaus noch nicht den üppigen grünen Bewuchs wie heute. Enge und dunkle Treppenhäuser und Häuserecken stellten Angsträume dar. Die Bewohner_innen blieben in ihren Wohnungen. Das soziale Leben entwickelte sich nur schwach, obwohl es bereits soziale Angebote gab. Schließlich zogen viele Mieter_innen aus und ein großer Leerstand trug zur Verschlechterung der Lage bei.

Ab 1986 verbesserte sich das Umfeld wieder. Die Grünflächen wurden aufgewertet und kamen den ursprünglichen Plänen näher. Es entstanden Jugendclubs und andere Einrichtungen. Die politische Wende mit dem Fall der Mauer brachten wiederum neue Entwicklungen mit sich. Der Bundeszuschuss für die Berliner Städtebauförderung entfiel, es war nun kein Wohnberechtigungsschein mehr für die Anmietung einer Wohnung erforderlich. Die Attraktivität der Gropiusstadt stieg wieder an, gegenwärtig ist kaum noch Wohnungsleerstand zu beklagen.

Ein sozialer Brennpunkt ist die Gropiusstadt heute nicht mehr. Das Quartiersmanagement und etliche Initiativen haben viel zu einem lebenswerten Umfeld beigetragen. Doch Etwas ist noch zu tun. Dreiviertel der alten Menschen Neuköllns leben hier. Die Sozialstruktur der Gropiusstadt ist ein fragiles Gebilde, das einer gezielten Förderung bedarf, damit hier nicht wieder ein Brennpunkt entsteht.

Von Ursula Künnig

Neues aus Nord-Britz

Der Wahlkreis 3 reicht vom S-Bahnring bis zu einer Linie Koppelweg / Parchimer Allee. Hier befinden sich so unterschiedliche Lebensräume wie die QM-Gebiete „High Deck“ und „Weiße Siedlung“. Rund um die Hermannstraße gibt es die für Nord-Neukölln übliche geschlossene Blockrandbebauung. Im ehemaligen Sanierungsgebiet „Neubritz“ nehmen Traufhöhe und geschlossene Bauweise zugunsten kleiner Gewerbehöfe ab. Während das Wohnquartier „Germaniapromenade“ kaum bekannt ist, erfreut sich das UNESCO-Weltkulturerbe „Hufeisensiedlung“ internationaler Aufmerksamkeit.

Im neuen Bezirksamt und der BVV ist Nord-Britz gut vertreten: Nachdem die rot-schwarze Zählgemeinschaft Gabriele Vonnekold - die lange Zeit in der Glasower Straße wohnte - nicht wieder zur Jugendstadträtin wählte, wurde sie jetzt Fraktionsvorsitzende. Unser bisheriger Fraktionsvorsitzender Bernd Szczepanski wurde zum Stadtrat für Soziales gewählt. Mit Mahi Christians-Roshanai und Bertil Wewer haben zwei weitere Mitglieder unserer neuen BVV-Fraktion ihren politischen Schwerpunkt auch in Nord-Britz.

Quartiersmanagement Weiße Siedlung / Dammweg gemeinnützige Projekte wie Kitas, Kursräume für Stadtteil-mütter etc. ansiedeln und dabei alle Generationen und Kulturen ansprechen. Zum Jahreswechsel wurde der erste Arbeitsamtbauprojekt in Deutschland ausgerechnet an Investoren verkauft, die wegen Betrugs bei Sozialabgaben verurteilt wurden. Wir werden sehen, wie es mit dem unter Denkmalschutz stehenden Gebäude weiter geht.

Im Januar konnten wir für die Anwohner_innen aus dem Hüsing erreichen, dass sich der zuständige Ausschuss mit ihrem Anliegen beschäftigte und sie Gelegenheit hatten, Ihre Vorstellungen und Forderungen um eine behutsame gartendenkmalgerechte Gestaltung der „Insel“ vorzustellen. Doch der Protest der Anwohner_innen verhallte ungehört: Stadtrat Blesing schickte die Kettensägen los und schaffte damit Fakten. Immerhin wird jetzt noch ein bisschen straßenbauliche Kosmetik betrieben.

Das leer stehende Gebäude des ehemaligen Frauenkrankenhauses im Mariendorfer Weg sorgte zunehmend für negative Schlagzeilen. Zwar konnte das Bezirksamt dem Investor eine Sicherung des Geländes abringen, aber das unter Denkmalschutz stehende Gebäude ist der Witterung



Das alte Arbeitsamt

Die Initiatorin und Leiterin des Kindertreffs „Delbrücke“ Ann-Christin Puchta hatte am 10. Dezember 2011 Grund zur Freude: Neben vier weiteren Personen wurde ihr die Neuköllner Ehrennadel verliehen. Das ist die höchste Auszeichnung des Bezirks für Bürger_innen, die sich um den Bezirk verdient gemacht haben. Der Kindertreff bietet neben Hausaufgabenhilfe sinnvolle Freizeitgestaltung an. Frau Puchta ist auch Gründerin und Organisatorin des KranoldWederNetzes, das die Situation der Kinder und Jugendlichen rund um Kranoldplatz und Carl-Weder-Park verbessern will.

Das ehemalige Arbeitsamt in der Sonnenallee stand zum Verkauf. Die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung wollte dort mit Hilfe der Jacobs-Foundation und in enger Zusammenarbeit mit dem Quar-

schutzlos ausgeliefert. Der Baustadtrat zieht die Schultern hoch und kann nichts machen. Doch wer ist sonst für die Erstellung eines B-Plans zuständig, wenn nicht er?

Zu Beginn der Wahlperiode mussten sich die frischgebackenen grünen Freizeitpolitiker_innen noch an das Abstimmungsverhalten der Zählgemeinschaft aus SPD und CDU in der BVV und in den Ausschüssen gewöhnen. Da wurden gegen jeden gesunden Menschenverstand wichtige Querungshilfen für die Menschen in der Sonnenallee in der HighDeck-Siedlung niedergestimmt und stattdessen Drängelgitter am S-Bahnhof Köllnische Heide verordnet. Ein Pilotprojekt zur Verbesserung der Toiletten-Problematik im Von-Schulenburg-Park scheitert an visionslosen Verwaltern des Mangels.

Von Bertil Wewer



GANZ GRÜNES KINO

DIE FILMREIHE VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NEUKÖLLN GEHT WEITER! WIR STARTEN – IN KOOPERATION MIT DER GRÜNEN JUGEND NEUKÖLLN – AM **FREITAG, DEN 25. MAI UM 19 UHR** MIT **„H WIE HEIMAT“**, EINEM FILM ÜBER DIE ZUSTÄNDE IN EINEM DEUTSCHEN FLÜCHTLINGSHEIM MIT ANSCHLIESSENDER DISKUSSION ZUM THEMA.

WEITERE GRÜNE FILMABENDE GIBT ES AN **JEDEM ZWEITEN FREITAG IM MONAT**, IMMER UM 19 UHR IN UNSERER GESCHÄFTSSTELLE IN DER BERTHELSDORFER STR. 9, DER **EINTRITT IST FREI**. IM ANSCHLUSS DARAN BESTEHT DIE MÖGLICHKEIT BEI EINEM GLAS WEIN ODER SAFT ÜBER DEN FILM INS GESPRÄCH ZU KOMMEN.

MEHR ZUM PROGRAMM UNTER WWW.GRUENE-NEUKOELLN.DE

Mit Pauken und Trompeten

NEUKÖLLNER MUSIKSCHULLEHRER_INNEN FORDERN DAS ENDE IHRER STIEFMÜTTERLICHEN BEHANDLUNG

Auf der Lehrer_innenvollversammlung der Neuköllner Musikschule am 14. Dezember 2011 wurde Folgendes beschlossen:

- Die Lehrer_innen der Musikschule Paul Hindemith Neukölln stehen voll hinter den Forderungen der Gewerkschaft Ver.di und der Landeslehrerververtretung der Berliner Musikschulen e.V. (LBM) nach Festanstellung der Musikschullehrer_innen und einem Tarifvertrag für die freien Mitarbeiter_innen.

- Der Senat wird aufgefordert, Lehrer_innenvertreter an der Ausarbeitung neuer Dienstverträgen zu beteiligen.

- Die Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung wird aufgefordert, die Senatsverwaltung zu Tarifverhandlungen für arbeitnehmerähnliche Personen nach § 12 a mit der Gewerkschaft Verdi anzuhalten.

An der Neuköllner Musikschule sind ca. 96% der Lehrer_innen als freie Mitarbeiter_innen beschäftigt. Bisher ähneln Verträge – mit Ausnahme des fehlenden Kündigungsschutzes – ‚normalen‘ Arbeitsverträgen. Vertragsverschlechterungen wollen die Neuköllner_innen jedoch nicht zulassen. Vielmehr fordern sie mehr Achtung für Musikschulen und die dort arbeitenden, hoch qualifizierten Musiklehrer_innen.

Im Moment führen freie Mitarbeiter_innen viele Fachbereiche der Neuköllner Musikschule. Sollte sich allerdings die Vertragslage verschlechtern, fallen diese Funktions-

träger_innen höchstwahrscheinlich weg. Die Leitung würde nur noch über einen sehr kleinen Personenkreis von Angestellten verfügen, mit dem die umfangreiche Verwaltungsarbeit nicht mehr zu leisten wäre. Bislang müssen bei der Aufnahme von Schüler_innen an der Musikschule – im Gegensatz zur Situation in anderen Berliner Bezirken – keine Einschränkungen gemacht werden.

Den Neuköllner Musikschullehrer_innen ist jede Unterstützung der Politik sehr willkommen.

Die Bezirksverordnetenversammlung sollte den Senat zu Tarifverhandlungen mit den Musiklehrern aufrufen; dies wäre die größtmögliche politische Unterstützung aus dem Bezirk in dieser Frage. Dafür wird jede Fraktion gebraucht!

Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen in der Neuköllner BVV setzt sich sowohl auf Bezirks- als auch auf Landesebene ausdrücklich für Musikschullehrer_innen ein. Im Abgeordnetenhaus werden die Belange dieser Berufsgruppe von Thomas

Birk, dem direkt gewählten Abgeordneten aus dem Schöneberger Norden, vehement unterstützt.

In der Neuköllner BVV hat kürzlich die Fraktion der Grünen einen Antrag eingebracht: Das Bezirksamt möge sich dafür einsetzen, dass für

schäftigungsumfang sowie zur Interessenvertretung der arbeitnehmerähnlichen Mitarbeiter enthalten.

Begründung: „Angebote der Volkshochschulen und der Musikschulen gehören zur Daseinsvorsorge, ihre Aufrechterhaltung und ihre

Einbindung in die bezirklichen Strukturen ist ein wichtiger Baustein für den Erhalt des sozialen Friedens.

In den Kursen treffen bildungswillige Menschen aus den unterschiedlichen Kulturen, sozialen Hintergründen und Einkommenschichten aufeinander, die das Interesse am gleichen Thema eint. Die Dozentinnen und Dozenten sind hochqualifiziert, viele nutzen die Möglichkeit, ihr Wissen nebenberuflich mit Anderen zu teilen. Für eine Vielzahl der Dozentinnen und Dozenten bildet die Tätigkeit an der VHS oder der Musikschule aber die Grundlage ihrer wirtschaftlichen Existenz. Sie leben in prekären Arbeitsverhältnissen und sehen nach Jahrzehnten der beruflichen Tätigkeit der Altersarmut entgegen. Für diesen Personenkreis ist eine Festanstellung wünschenswert, die der Bezirk unter den gegebenen Umständen jedoch nicht bieten kann. Der Abschluss von Tarifverträ-

gen entsprechend der Regelungen für die festen freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sendeanstalten schafft Entlastung und nimmt zumindest den Druck der andauernden existenziellen Verunsicherung auf Grund der derzeitigen Vertragsdauer (Semester) und des Zeitraumes bis zur Zahlungsanweisung des erarbeiteten Honorars.“

Nach entsprechender abschlägiger Empfehlung des Ausschusses für Bildung, Schule und Kultur wurde dieser Antrag von der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung am 28. März 2012 abgelehnt. Nicht in allen Bezirken jedoch stießen die Forderungen der Musikschullehrer_innen nach Beendigung ihrer prekären Situation auf taube Ohren; ein sehr ähnlicher Antrag wurde von der Bezirksverordnetenversammlung in Spandau ohne Änderung angenommen.

Der Protest geht weiter!

Am 15. März fand im Abgeordnetenhaus eine Podiumsdiskussion unter der Leitung von Sandra Maischberger mit Vertreter_innen aus Politik und Berliner Musikschulen statt, in deren Rahmen sehr angeregt und kontrovers diskutiert wurde. Es folgte eine groß angelegte Protestpostkarten-Aktion an die Adresse des Bildungssenators. Gerhard Scherer-Rügert und Kai Michaels, zwei Vertreter der Neuköllner Musikschullehrer_innen, sind sicher, dass man von den Berliner Musiklehrer_innen noch so manches in nächster Zeit hören wird.

Susanne Lippert



Demonstration am Alexanderplatz für eine angemessene Bezahlung der Berliner Musikschullehrer_innen. Foto: Susanne Lippert

die Dozentinnen und Dozenten der Volkshochschulen (VHS) und der Musikschulen Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften aufgenommen werden, damit Tarifverträge abgeschlossen werden. Die Tarifverträge sollten u. a. Regelungen zu Ankoppelung der Honorare an die Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst Berlin, zu Honorarfortzahlung im Krankheitsfall, zum Mutterschutz, zur Altersvorsorge, zum Mindestbe-

haltenen Honorarsatzes nicht mehr erhöht, bis diese niedrigere Berechnungsgrundlage erreicht war. Die Honorarfortzahlung im Krankheitsfall wurde für sog. „arbeitnehmerähnliche“ Lehrkräfte auf 80% des Honorars ab dem vierten Krankheitstag beschränkt. Das ist der Stand der Dinge, wie wir ihn bislang haben.

Senatsbeschluss, infolge dessen die Berechnungsgrundlage an die Richtlinien der Tarifgemeinschaft deutscher Länder angeglichen wurden. Dadurch wiederum wurden nunmehr die bislang BAT-orientierten Honorarsätze nicht mehr erhöht, bis diese niedrigere Berechnungsgrundlage erreicht war. Die Honorarfortzahlung im Krankheitsfall wurde für sog. „arbeitnehmerähnliche“ Lehrkräfte auf 80% des Honorars ab dem vierten Krankheitstag beschränkt. Das ist der Stand der Dinge, wie wir ihn bislang haben.

Die Deutsche Rentenversicherung hat festgestellt, dass Musikschullehrer_innen angeblich den Kriterien der sog. „Scheinselbstständigkeit“ entsprechen. Dies wurde als Begründung herangezogen, um die ohnehin prekären Beschäftigungsverhältnisse weiterhin zu verschärfen.

Ja – der neue Vertragsentwurf enthält Regelungen, um die bisherige Praxis, die Honorare das ganze Jahr zu zahlen und im Krankheitsfälle Honorare eingeschränkt weiter zu zahlen, zu kippen. Musikschullehrer_innen sollen „richtig“ selbstständig sein. Das ist ein bildungspolitischer Skandal. Wenn ich will, dass sich die Menschen gesund ernähren, muss ich Brot subventionieren, und wenn Berlin als Kulturhauptstadt gelten soll, muss musikalische Bildung öffentlich unterstützt werden.

Arbeitnehmerähnlich beschäftigte Musikschullehrer_innen, die faktisch von ihrer Tätigkeit an den Musikschulen ökonomisch abhängig sind,

können nicht gleichzeitig selbstständig sein in dem Sinne, wie der Senat es fordert. Sie müssen fest angestellt werden!

Das Land beteiligt sich bei den Honorarkräften mit 10% an den Personalkosten; bei den Festangestellten ist dieser Anteil nur unbedeutend höher. Diejenigen, die Honorarkräfte bleiben wollen, müssen hingegen ihre Honorare ohne Beschränkung freiaushandeln können. Und alle, auch Hartz IV-Empfänger_innen, müssen freien Zugang zu den Musikschulen haben.

Wir von Ver.di vermuten, dass nicht dieses DRV-Gutachten, sondern schlichtweg der Rotstift der Grund dafür ist, dass man die Situation der Musikschullehrer_innen verändern will. Die Scheinselbstständigkeits-Debatte scheint mir nur ein Vorwand zu sein. Die Situation ist schließlich nicht neu, und die Einrichtungen wurden nicht erstmalig, sondern werden regelmäßig geprüft.

Der neue Vertragsentwurf sieht vor, dass Unterrichtsstunden einzeln abgerechnet werden sollen. Weiterhin sollen Stunden, die vom Schüler oder der Schülerin nicht wahrgenommen werden, auch nicht vergütet werden. Mit anderen Worten: der Lehrer bzw. die Lehrerin hat das Nachsehen, wenn der Schüler oder die Schülerin den Unterricht schwänzt. Gibt es Vergleichbares?

Das ist unzumutbar – schon allein wegen des Verwaltungsaufwandes. Jeder der zwölf Berliner Bezirke ist an sich eine große Stadt. Es hätte einen irr-

sinnigen Verwaltungsaufwand, wenn Einzelstunden abgerechnet werden. Schätzungen zufolge wäre damit ein zusätzlicher Arbeitsaufwand von 30 Stunden in der Woche erforderlich.

Ein weiterer Aspekt ist, dass diese Neuregelung eklatante Qualitätsverluste zur Folge hätte, da Lehrer_innen nur noch „Dienst nach Vorschrift“ erbringen würden. Niemand hätte mehr einen Anreiz, über die reine Unterrichtstätigkeit hinaus Konzerte, Ensemblearbeit oder Ähnliches zu organisieren. Andererseits müssen aber Musikschulen nach dem Schulgesetz Qualitätssicherungsnachweise erbringen. Es sind jährliche Evaluierungen erforderlich, bestimmte Arbeitsgruppen und Arbeitszirkel müssen tätig sein und das Qualitätsmanagement umsetzen, das z.B. auch die Weiterqualifizierung von Musiklehrer_innen fordert. Mit reinen Honorarkräften können diese Anforderungen definitiv nicht mehr erfüllt werden.

Es gibt Richtlinien des Verbandes deutscher Musikschulen dafür, was „Musikschule“ ist. Berlin würde die Richtlinien definitiv nicht mehr erfüllen, wenn nur noch Funktionsträger eingestellt würden.

Es gibt einen Brief von Dir vom 1. Dezember 2011 an die grüne Fraktion im Bundestag. Darin begrüßt Du eine Arbeitsgruppe der Kultusministerkonferenz zu dem Thema „Prekäre Situation der Lehrbeauftragten an Musikhochschulen und Hochschulen für Musik und Theater“ und weist auf die ähnlich prekäre Situation der Musikschullehrer_innen hin. Du weist

auf die Möglichkeit der Kommunalfinanzierung hin. Kannst Du das näher erläutern?

Der Knackpunkt ist: Die Kommunen müssen so finanziert werden, dass sie Musikschulen unterhalten können. Unsere Kommunalfinanzierung ist krank; was tun die Grünen in dieser Hinsicht für die Finanzierung der Bezirke?

Kommunen sollten weniger aus EU-Geldern als aus eigenen Mitteln finanziert werden. Derzeit werden die Bezirke derart zum Sparen gezwungen, dass bei Angelegenheiten, die eigentlich bezirklich sind, auf Druck von oben massiv gekürzt werden muss. Der „Schwarze Peter“ wird zwischen Land und Bezirk hin und her geschoben.

Bezüglich der Musikschullehrer_innen stehen wir vor einer Situation, dass wir Gefahr laufen, auf den Stand von 1979/80 zurück zu fallen.

Ich wünsche mir, dass die Grünen sich in stärkerem Maße kulturpolitische Themen erarbeiten. Bislang hat man den Eindruck, dass die bürgerliche Mittelschicht im Focus der Grünen steht – Nur: wenn es so weiter geht, kann auch die sich irgendwann den Musikschulunterricht nicht mehr leisten!

Wie eminent wichtig musikalische Bildung hingegen für die persönliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ist, muss ich, glaube ich, nicht näher ausführen.

Das Interview wurde geführt von Susanne Lippert

INTERVIEW MIT DEM VER.DI BUNDESFACHGRUPPENVORSITZENDEN FÜR MUSIK STEFAN GRETSCH

Ein bildungspolitischer Skandal

90% der Berliner Musikschullehrer_innen arbeiten auf Honorarbasis. Dies ist eine deutlich höhere Quote als in anderen Bundesländern. Wie kommt das?

Zunächst muss man klarstellen, dass es sich bei den 90% nicht um die Personen, sondern um den Umfang des Unterrichts handelt. Das heißt: Kinder und Schüler werden zu 90% von Honorarkräften unterrichtet.

Das Ganze hat ursprünglich historische Gründe. Die West-Berliner Musikschulen, die bis 1979 Unterabteilungen der Volkshochschulen gewesen sind, verstanden sich quasi als „Vermittlungsbetriebe“ in dem Sinne, dass sie dazu dienten, zwischen Schüler_innen und freiberuflichen Lehrer_innen den Kontakt herzustellen. Sie hatten keine eigene Struktur, sondern stellten in Folge lediglich Unterrichtsräume in Schulräumen zur Verfügung. 1979 wurde eine Höchstgrenze für Honorare gesetzt, wogegen die Lehrer_innen klagten und im Jahr 1980 für ganz Berlin auch gewannen. Dies hieß aber auch: Dadurch, dass die im Vertrag enthaltenen Honorar-Abgrenzungsklauseln nichtig waren, war der ganze Vertrag nichtig. Deswegen wurden 1981 neue Dienstverträge abgeschlossen. Diese enthielten zwar erneut Honorarbegrenzungen, aber dafür auch Vorteile wie Regelungen zur Weiterbezahlung bei Unterrichtsausfall. Die Honorarhöhe, die in diesen Verträgen festgelegt wurde, orientierte sich am BAT IVa. Dies hatte Bestand bis zur Mitte der 90er-Jahre. Dann gab es einen

UNTER DER LUPE



Haar- und andere Spaltereien

Politisches Gezänk ist wohl eher bei konservativen Parteien – etwa bei der CDU oder bei der skandalerprobten FDP – an der Tagesordnung, manchmal auch bei der ach so bürgerlichen SPD.

Dass diese Art der politischen Arbeit nun auch bei den Grünen mehr und mehr ihre Anhänger findet, ist zumindest deshalb verwunderlich, weil die Berliner Grünen ein sehr beachtliches Wahlergebnis zur Abgeordnetenhauswahl „hingelegt“ haben. Sie sind nun in der neu gewählten Fraktion im preußischen Landtag in Realos und Linke zu zerlegen – oder zerlegen zu lassen? – wird die Zweihundertvierzigtausend Wähler nicht euphorisch stimmen. Schließlich haben sie die Grünen wegen deren Visionen für die Stadt gewählt. Wo sind die geblieben? Verschüttet im Gezänk? Mancherorts wird kolportiert: Die streiten sich ja wie die Kesselflicker!

In Abänderung der Willy-Brandt'schen Vereinigungs-Floskel: „Nun wächst zusammen, was...“ usw. kommt der wohlmeinende Wähler vielleicht auf die Idee, dass hier auseinander strömt, was nicht zusammen gehört. Lieber Wähler, das ist bestimmt ein Irrtum! Eher herrscht der Eindruck vor, dass hier persönlich-menschliche Differenzen (oder sollte mensch sagen: Persönliche Defizite?) Ursachen für den Streit sind. „Realos“ und „Linke“ nur Feigenblätter statt Standortbestimmungen?

Vielleicht zerreißen die grüne Fraktion die gleiche Entwicklung, wie sie sich auch in der übrigen Gesellschaft seit einiger Zeit abspielt: Die einen halten sich für bürgerlich und die anderen für fortschrittlich. Bezirksgrenzen scheinen da ein Hinweis darauf zu sein, wer sich wo verortet. Dabei sind beide angetreten, das Leben der Menschen in dieser Stadt zu verbessern, wohl gemerkt die Lebensumstände in der ganzen Stadt: Von Zehlendorf bis Marzahn und von Spandau bis Neukölln zu verbessern, zumindest es zu versuchen.

Wenn schon der Versuch misslingt, könnte sich ein „Spalt-pilz“ in die Reihen der Grünen – und nicht nur in deren Fraktion im Abgeordnetenhaus – einschleichen. Und dann? Eine Empfehlung für diesen Fall: Die „Realos gehen zurück“ zur SPD und die Linken...? – Vielleicht ist es wieder Zeit für eine Alternative Liste?

Befürchtet Jürgen Biele

Spendenaufruf für die türkische Provinz Van

Am 23. Oktober 2011 hat ein verheerendes Erdbeben den Osten der Türkei an der Grenze zum Iran in einer der ärmsten Gegenden, der Provinz Van, getroffen. Fast 2.300 Häuser stürzten ein; in den Trümmern starben über 600 Menschen, weitere werden noch immer vermisst. Tausende sind verletzt und obdachlos geworden, ganze Ortschaften zerstört. Hunderte Kinder wurden in der überwiegend schwer zugänglichen Region obdachlos und zu Waisenkindern.

Zwar haben 12 TV-Sender und 3 Radiostationen am 26. Oktober unter dem Slogan „Van İçin Tek Yürek“ („Ein Herz für Van“) einen großen Spendenmarathon veranstaltet, aber viele Menschen klagen über Willkür und Bestechung beim Austeilen der Hilfsgüter. Das liegt auch daran, dass das Erdbebengebiet in einer kurdischen Provinz liegt und deshalb die Hilfe durch die türkische Regierung nur sehr verhalten ist. Eine am 10. November in Van stattgefundene Demonstration wurde von der Polizei gewaltsam aufgelöst.

Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg mit seinem Grünen Bezirksbürgermeister Franz Schulz hat gemeinsam mit seiner Partnerstadt Kadiköy/Istanbul ein Spendenkonto eingerichtet. Mit den Spenden wollen sie gezielt Kindern helfen, die obdachlos und zu Waisen geworden sind. Es soll entweder ein bestehendes Waisenhaus vor Ort unterstützt oder, wenn die Geldmittel ausreichen, ein neues Waisenhaus errichtet werden. Die Koordination der Hilfsaktion hat, wie schon bei dem schweren Erdbeben in 1999, der Kreuzberger Grüne Kemal Salis übernommen. Die Spenden

werden durch das Bezirksamt Kreuzberg gesammelt und es konnten bereits etwa 4.000 EUR an das Bezirksamt Kadiköy weitergeleitet werden, das die Spenden unmittelbar in der betroffenen Region einsetzt.

Spenden-Konto beim Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg:
Konto Nr.: 0610003607
BLZ: 100 500 00
Verwendungszweck: 9333/10050-Erdbebenopfer Türkei

Wieder einmal zeigte sich, wie wichtig erdbebensicheres Bauen ist. Denn nicht das Beben tötet, sondern die Gebäude. Viele Häuser in Van wurden ohne Beachtung von Vorschriften errichtet. Häufig wurde minderwertiges Material verwendet oder am Baustahl gespart, der den Gebäuden Halt gibt. Mitunter setzen Hausbesitzer zusätzliche Stockwerke auf bestehende Häuser, ohne Statiker zu befragen. Zahlreiche Naturkatastrophen, wie zuletzt das Erdbeben von 1999 mit 17.000 Toten, machten deutlich, wie schlecht die Bausubstanz vielerorts ist. Trotz des Wirtschaftsbooms in der Türkei ändert sich hieran nur wenig. Angesichts der Erdbebengefahren in der tektonisch besonders aktiven Türkei verwundert es, dass die türkische Regierung an den Plänen des Baus des Kernkraftwerkes Akkuyu an der Südküste, einem weiteren am Schwarzen Meer sowie eventuell noch einem dritten Kernkraftwerk festhält.

Von Kemal Salis

Frau Schröder und die Zwangsheirat – erst lesen, dann interpretieren!

Als die Studie „Zwangsheirat in Deutschland – Anzahl und Analyse von Beratungsfällen“ im November letzten Jahres veröffentlicht wurde, war das Thema mal wieder in aller Munde – Familien- und Frauenministerin Kristina Schröder sei Dank. Wie sich bald herausstellte, hat die in den Zeitungen gern und oft abgedruckte Schnellschusinterpretation der Ministerin dem wichtigen Thema jedoch einen Bärendienst erwiesen. Denn nicht nur die mit dieser Thematik befassten Vereine und Institutionen, sondern auch die Macher_innen der Studie waren davon sehr befremdet.

Das ist sehr schade, denn diese Studie ist lesenswert, wenn man sich die Mühe macht und etwas mehr als die Zwischenüberschriften liest. Sie setzt sich nämlich mit den Ursachen dieses Verbrechens auseinander und gibt am Ende sogar einige sachliche Handlungsempfehlungen. Aber leider war das der obersten Antifeministin des Landes wohl nicht knallig genug. Deshalb wurden flugs einige Zahlen herausgerupft, in einen anderen Kontext gestellt, wichtige Textpassagen einfach ausgelassen und fertig waren die reißerischen Überschriften in Bild und Co.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass sich nicht nur einige Fachstellen sofort lautstark gegen diesen Unfug der Ministerin wehrten; auch die Macher_innen der Studie waren überaus ungehalten darüber, dass sie als Kronzeug_innen für eine offensichtlich ideologisch verblendeten Frau Schröder herhalten sollten. Der Untertitel der Studie – Anzahl und Analyse von Beratungsfällen – ist den Autor_innen sehr wichtig, denn sie erheben niemals den Anspruch, hier repräsentative Zahlen zu veröffentlichen. Ganz im Gegenteil, die Zahlen stammen aus Beratungsstellen und von befragten Lehrer_innen, nicht aus hochrechenbaren Befragungen, sondern aus summierten Einzelfällen. Das bedeutet aber, dass sich die



Anja Kofbinger, MdB

von den Medien ersehnte tatsächliche Zahl von Zwangsheiraten aus dieser Studie keinesfalls ableiten lässt. Denn sie zeigt nur Beratungsfälle auf, keine tatsächlich stattgefundenen Zwangsheiraten.

Das ist ein Riesenunterschied. Aber nicht nur die Bildzeitung hing dankbar an den Lippen der offensichtlich auch auf diesem Gebiet überforderten Ministerin, nein, auch die Quartalsspinner und islamophoben Populisten des Blogs „politically incorrect“ stürzten sich mit Wonne auf den Ministerinnen-Murks. Gleich war die Rede von „3000 muslimischen Mädchen, die jährlich zwangsheiratet wurden“. Dass 10 Prozent Ratsuchende Jesid_innen und ca. vier Prozent Christ_innen waren und dass auch Männer betroffen sind, spielte

keine weitere Rolle. Genüsslich zitieren sie den Appell der Ministerin bei der Vorstellung der Studie an diejenigen, „die im Islam zuhause sind“. Und das, obwohl die Autor_innen der Studie genau vor solch einseitiger Sichtweise explizit warnen. Als Auslöser des Problems dürfe der Islam gegenüber anderen Faktoren wie Tradition, Männlichkeitsbildern oder Armut nicht überbetont werden.

Nun könnte man das ganze unter dem Motto: „Außer Spesen nichts gewesen“ abhaken. Aber der Schaden ist leider angerichtet und lässt sich auch nicht mehr rückgängig machen. Vor allem in Gebieten mit hohem Migrant_innenanteil, etwa in Nord-Neukölln, richten solche Artikel und Ministerinnenworte großen Schaden an, weil sie den sozialen Frieden durch die Schaffung von gegenseitigem Misstrauen nachhaltig stören und den Integrationsprozess unterminieren. Daran ist nicht die Studie schuld, die – würde man sie richtig und vollständig lesen – eine Unterstützung beim präventiven Handeln gegen Zwangsheirat darstellt. Das ist wirklich ein Bärendienst, den Frau Schröder der Integration in diesem Land erwiesen hat. Schade!

Anja Kofbinger

Aufkleber „Keine Post von Nazis“ soll vor rechter Postwerbung schützen

Gegen Nazipost in Briefkästen

Viele Briefkästen in Deutschland tragen die Aufschrift „keine Werbung“. Doch auch wenn Käseblättchen und Werbebroschüren manchmal nerven können und die Umwelt belasten, so sind sie nicht so eine Pest wie die Hassschriften, die von rechten Parteien wie „Die Freiheit“, „Pro Deutschland“ oder aber der NPD in den Briefkästen landen.

Diffamierungen von Menschen mit Migrationshintergrund, Homosexuellen und Transsexuellen finden sich zuhauf in diesen Zeitschriften und Flugblättern. Da wird die Ausweisung vermeintlicher krimineller „Ausländer“ gefordert, vor der vermeintlichen „Islamisierung“ Deutschlands gewarnt und die Geschichte verdreht.

So war es auch Anfang des Jahres im schleswig-holsteinischen Wahlkreis des Bundestagsabgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Dr. Konstantin von Notz: am 16. Januar 2012 warf die NPD ihren Flyer der „Deutschen Stimme“ in die Briefkästen der Möllner Bürgerinnen und Bürger. Für Konstantin von Notz und

Burkhard Peters, grüner Listenkandidat für die Landtagswahl in Schleswig-Holstein, war dies Anlass, nicht länger zuzusehen: „Wir waren uns schnell einig, dass man dagegen etwas machen muss.“ Gemeinsam wurde ein Aufkleber entworfen, dessen Botschaft unmissverständlich ist: „Keine Post von Nazis“ mit dem Zusatz: „Zuwiderhandlungen werden verfolgt“. Inspiriert von dieser guten Aktion beschlossen die Kreisverbände Friedrichshain-Kreuzberg, Lichtenberg, Neukölln und Treptow-Köpenick von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin, diesen Aufkleber auch den Bürger_innen in ihren Bezirken zur Verfügung zu stellen. Neben den Aufklebern, die an Ständen oder in den Geschäftsstellen der Kreisverbände kostenlos abgeholt werden können, steht eine Vorlage für eine Unterlassungserklärung auf unserer Internet-Seite (www.gruene-neukoelln.de) zum Download bereit. Der Aufkleber ist ein kleiner, aber feiner weiterer Stein, der den Rechten in den Weg gelegt werden kann!

Valentin Münscher



KEINE POST VON NAZIS!

In diesen Briefkästen dürfen keine Publikationen von rechtspopulistischen oder extrem rechten Parteien und Vereinigungen eingeworfen werden.

Dies gilt v. a. für Publikationen der NPD.
Zuwiderhandlungen werden verfolgt!